

Korte konkret **DIE LINKE.**

Zeitung des Bundestagsabgeordneten Jan Korte für den Wahlkreis Anhalt

www.jankorte.de

www.facebook.com/jankortemdb



**Liebe
Leserinnen
und Leser,**

hiermit erhalten
Sie die erste
Ausgabe meiner
Wahlkreiszeitung
„Korte konkret“
nach den Bundes-

tagswahlen. DIE LINKE ist nun die
Oppositionsführerin im Bundestag und
macht eine pointierte Politik mit vielen
Alternativen zum Stillstand der Großen
Koalition.

Natürlich werde ich weiterhin die
Interessen der Menschen im Wahlkreis
Anhalt vertreten und die Hinweise der
Vereine, Verbände und der Bürgerinnen und
Bürger in den Bundestag einbringen. Auch
in dieser Wahlperiode werde ich auf meiner
Homepage detailliert über meine Arbeit im
Wahlkreis und in Berlin berichten.

Der Wahlkreis wird nunmehr von zwei
Abgeordneten vertreten. Das gibt Ihnen
die Möglichkeit, genau zu prüfen wie sich
der Abgeordnete der LINKEN (also ich)
und der Abgeordnete der CDU (de Vries) in
wichtigen Fragen im Bundestag verhalten
haben. Vergleichen Sie und bilden Sie sich
eine Meinung.

Meine Fraktion und ich werden weiter für
eine gerechte Republik, gegen Armut und
für eine angemessene Besteuerung derer
streiten, die enorm viel haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Von Europa bis zur Kommune: Soziale Politik ist möglich.



Achzig Prozent der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze müssen von den Kommunen umgesetzt werden. Nicht selten bleibt die Finanzierung unklar geregelt. DIE LINKE meint: Wer bestellt, muss auch zahlen.

Politische Entscheidungen in den
Kommunen wirken sich direkt auf die
Lebensqualität unseres Alltags aus. Stadt-
und Gemeinderäte, Kreistagsmitglieder oder
Kommunalverwaltungen sind so nah am
Menschen wie keine andere politische Ebene,
zudem besteht hier das höchste Potential für
die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
an politischen Entscheidungen. Oftmals haben
Kommunen aber keine Gestaltungsfreiheit:
Der kommunale Kassenstand - und nicht der
politische Wille - gibt viel zu oft die Grenzen
kommunalen Handelns vor. Zudem sind die
Gemeinden gegenüber vielen Vorgaben der
Bundes- und Landesebene machtlos - wie
bei den Schließungen von Grundschulen in
Sachsen-Anhalt.

Die Linksfraktion im Bundestag ist sich
der wichtigen Rolle der kommunalen
Vertretungen bewusst und hat in den letzten
Jahren etliche Initiativen eingebracht, um

kommunale Selbstbestimmung wieder zu
ermöglichen. Ein paar Beispiele: Sie hat
sich für die „Stärkung der Finanzkraft der
Kommunen“ (BT-Drs. 17/7474) eingesetzt
und eine echte Entlastung der Kommunen
bei den Sozialausgaben gefordert. Mit dem
Antrag „Wer bestellt, bezahlt“ (BT-Drs.
17/6491) hat sie die vollständige Übernahme
der Kosten der Bundesgesetzgebung durch
den Bund verlangt. Die Linksfraktion hat sich
dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen
für Rekommunalisierungen zu verbessern
(17/5776) und fordert die Einrichtung eines
öffentlichen Beschäftigungssektors mit
festen Stellen anstelle des Bundesfreiwilligen-
dienstes (17/1397).

DIE LINKE steht in Europa, im Bund, Land
und in den Kommunen für Solidarität und
Gerechtigkeit: Eine Politik, welche die
Bedürfnisse in den Kommunen ignoriert, wird
es mit uns nicht geben.

Einnahmen erhöhen, Lebensqualität verbessern



Die Bürgerkommune
und soziale Gerechtigkeit
sind Leitbilder
linker Kommunalpolitik.
„Korte konkret“ fragt
Susanna Karawanskij,
Sprecherin der Links-
fraktion für Kommunal-
finanzen:

Haben Kommunen
überhaupt noch Gestaltungsmöglichkeiten
oder wird hier nur noch verwaltet?

Susanna Karawanskij: Viele Kommunen
verwalten leider nur noch den Mangel.
Die Steuerenkungen der vergangenen
Bundesregierungen sowie die Finanzkrise
rissen große Löcher in die kommunalen
Haushalte. Kommunen können vielerorts
kaum noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Von

den freiwilligen ganz zu schweigen. Das führt
dann auch schnell dazu, dass Kämmerer die
vermeintliche Erlösung in Privatisierungen
sehen. Ein Irrglaube! Dies lässt unser Ziel
einer Bürgerkommune dann in immer weitere
Ferne rücken.

Kk: Die Kommunen klagen, sie müssten
Probleme ausbaden, für die sie nicht
verantwortlich seien.

SK: Das tun sie weitestgehend zu Recht.
Über Jahre hat der Bund immer wieder
kostenintensive Aufgaben an sie weiter
gereicht, ohne für eine Ausfinanzierung zu
sorgen. Ich fordere daher die strikte Einhaltung
des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, zahlt!
Daneben muss es endlich umfassende
Reformen bei den Kommunal финанzen geben,
um diese zu verstetigen und zu erhöhen: Es
darf nicht weiter an der Ausgabenseite, also

auch an der Lebensqualität der Bevölkerung
gespart werden, sondern die Einnahmeseite
muss verbessert werden.

Kk: Mehr Einnahmen brauchen auch Bund und
Länder. Was will DIE LINKE dafür tun?

SK: Wir fordern ein sozial gerechtes
Steuersystem, das durch eine gerechte
Umverteilung von oben nach unten mehr
Einnahmen generiert. Eine Vermögensteuer
als Millionärsteuer käme zum Beispiel direkt
den Ländern zugute. Für die Kommunen
wollen wir die Gewerbesteuer zur Gemein-
wirtschaftssteuer umformen, mit breiterer
Bemessungsgrundlage, aber fairen Frei-
beträgen für Kleinunternehmer und Selbst-
ständige. Als Soforthilfe des Bundes für
die Kommunen fordern wir außerdem eine
Pauschale in Höhe von drei Milliarden Euro,
um den Investitionsstau zu beheben.

Rentenpaket: Manches wird besser, aber nichts wird gut!



Jan Korte bei der Volkssolidarität Wittenberg: Dass es auch bei der „Mütter-Rente“ wieder Nachteile für den Osten gibt, verursacht Kopfschütteln. Jährlich werden so über 400 Millionen Euro eingespart. „An der falschen Stelle“, so Korte.

Positive Ansätze sind vorhanden: Von den neuen Regelungen des Rentenpakets der Bundesregierung werden viele Mütter, wenige Väter, einige Kranke sowie Beschäftigte mit 45 Beitragsjahren profitieren. Kranke, die ab dem 1.6.2014 eine Erwerbsminderungsrente beantragen müssen, erhalten ca. 40 Euro mehr. Nach 45 Beitragsjahren gibt es nun eine abschlagsfreie Rente. So weit, so gut.

Leider kommt jetzt das große Aber: 40 Euro für Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner sind zu wenig. Das wird vielen den Gang zum Sozialamt nicht ersparen. Und: Kinder in Ost und West sowie Kinder, die vor oder nach 1992 geboren wurden, werden unterschiedlich bewertet. Gut 57 Euro Mütterrente im Westen stehen knapp 53 Euro pro Kind im Osten gegenüber. Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall sind im Osten geborene Kinder auf dem Rentenkonto ihrer Eltern also immer noch weniger wert als im Westen geborene Kinder. Das ist beschämend. Dazu kommt,

dass die Ärmsten von der sogenannten ‚Mütterrente‘ nichts bekommen, da sie auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird. Von der Rente ab 63 werden nur eineinhalb Jahrgänge voll profitieren. Hartz-IV-Bezug wird bei der Berechnung der 45 Jahre nicht anerkannt. Und Reiche werden verschont, weil die Rente nicht aus Steuern, sondern aus Beiträgen finanziert wird.

Das größte Problem aber ist, dass die Absenkung des Rentenniveaus fortschreitet und sich in dieser Legislaturperiode nichts daran ändern wird. Damit ist klar: Die Verbesserungen, die Müttern, Erwerbsgeminderten oder besonders langjährig Versicherten heute zu Gute kommen, werden ihnen später Stück für Stück wieder weggenommen. Statt sich auf den Kleinbaustellen zu verzetteln, sollte sich die Arbeitsministerin unverzüglich der Großbaustelle widmen: Einer armutsfesten, den Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente.

Diplomatie statt Eskalation



„Es muss ein Status für die Krim gefunden werden, mit dem die Ukraine, Russland und wir leben können.“ Gregor Gysi hat im Bundestag bekräftigt, dass DIE LINKE nur einen Weg zur Lösung des Konflikts sieht: Die Diplomatie.

Im Bundestag hat Gregor Gysi die Position der LINKEN klar und deutlich vertreten und vor einer Eskalation des Konfliktes zwischen Russland, der Ukraine und der NATO gewarnt. „Ein bedrängter, unterdrückter Bevölkerungsteil [...] muss das Recht haben, sein Land zu verlassen - aber nicht mit Territorium; das geht nur mit Zustimmung des Staates, zu dem das Territorium gehört“, so Gysi in seiner Bundestagsrede. Der russische Präsident Putin habe zudem nicht begriffen, „dass die Probleme der Menschheit nicht mit Soldaten und Gewehren zu lösen sind, ganz im Gegenteil. [...] Sein Denken und Handeln ist falsch und wird von uns deutlich verurteilt. Es ist aber dasselbe Denken, das

im Westen vorherrschte und vorherrscht: bei Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak und Libyen.“ Dennoch seien Sanktionen keine Politik, sondern nur ein Ersatz dafür. An der Eskalation trügen EU und NATO mit ihrer Expansionspolitik zudem eine maßgebliche Mitschuld - zum Ende des Kalten Krieges hatte die NATO eine Expansion nach Osten noch ausgeschlossen.

Auch in der Krim-Krise verfolgt DIE LINKE einen strikten Friedenskurs. Statt verbal und militärisch aufzurüsten, muss diplomatisch an Lösungen gearbeitet werden, die im Interesse der Bevölkerung in den Ländern sind und nicht nur die von Machtblöcken oder Wirtschaftsverbänden bedienen.

Korte kurz:

Unterstützung für gute und wichtige Arbeit



Manche Anschaffungen sind nur mit Spenden möglich: Die Kita „Pustelblume“ freut sich über Unterstützung

So oft es geht, unterstützen Jan Korte und der Fraktionsverein der Bundestagsfraktion wichtige Einrichtungen und Initiativen im Wahlkreis Anhalt. In den letzten Monaten gab es u. a. 500 € für die Theaterarbeit des Vorhang auf e. V. und 500 € für den Integrationsverein vom Meridian e. V.. Die Bernburger Verkehrswacht wurde mit 200 € für die Verkehrserziehung bei Kindern und Jugendlichen unterstützt.

Die Abgeordneten der Linksfraktion zahlen jeden Monat einen Teil ihrer Diäten in einen Fördertopf ein. Initiativen, Vereine und Verbände im Wahlkreis Anhalt können mit ihren Projekten davon profitieren, indem sie einen Antrag beim Fraktionsverein stellen. Mehr Infos gibt es unter: www.fraktionsverein.de

Neue Wahlperiode - neue Aufgaben



Übernimmt mehr Verantwortung in seiner Fraktion: Jan Korte ist einer der Stellvertreter von Gregor Gysi

Bei der letzten Wahl wurde Jan Korte zum dritten Mal in den Bundestag gewählt. Bislang war der 37-jährige Abgeordnete Mitglied im Vorstand der Linksfraktion. Nun kommen einige Aufgaben hinzu: Kurz nach der Bundestagswahl wurde er zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Als einer der Vertreter von Gregor Gysi ist er unter anderem für die Finanz- und Personalentscheidungen der Fraktion mitverantwortlich.

Wie in den letzten Legislaturperioden sitzt er außerdem wieder für die DIE LINKE im Innenausschuss des Bundestags. Er ist Datenschutzbeauftragter seiner Fraktion und leitet den Fraktionsarbeitskreis „Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung“, in dem die Rechts- und Innenpolitikerinnen und -politiker der LINKEN organisiert sind. Zudem ist er stellvertretender Vorsitzender der fraktionsübergreifenden Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe.

Besuch beim Hecklinger „Überflieger“



Die Spezialflugzeuge aus Hecklingen werden von Kunstfluglern in der ganzen Welt geflogen

Ende Februar gab es einen besonders spannenden Wahlkreistermin. Beim Besuch vom Kunstflugzeughersteller XtremeAir gab es viel zu staunen für den Abgeordneten und die KommunalpolitikerInnen, die ihn begleiteten. Seit 2006 baut das Hecklinger Unternehmen direkt am Flughafen Cochstedt ein- und zweisitzige Hochleistungsflugzeuge, die komplett aus Kohlefaser gefertigt sind und sich sowohl für Wettbewerbspiloten als auch für ambitionierte „Kunstflug-Einsteiger“ eignen. Es handelt sich dabei um einen von nur zwei Herstellern dieser Art weltweit. Dementsprechend produziert das junge Unternehmen, das im letzten Jahr von einem Gesellschafter aus Eisenach übernommen wurde, auch für den Weltmarkt. Der Geschäftsführer Herr Liu und seine Kollegen lieferten einen umfassenden und äußerst spannenden Einblick in das sehr spezielle Unternehmensfeld.

Erwerbslosenfrühstück auch in Köthen



Beim 20. Erwerbslosenfrühstück in Bernburg wurde über Mieterrechte und Jobcenter-Richtlinien informiert

Seit einigen Jahren schon gibt es in den Wahlkreisbüros von Jan Korte das Erwerbslosenfrühstück. Wie in Bitterfeld-Wolfen und Bernburg können sich nun auch im Köthener Büro in der Schlosspassage Bürgerinnen und Bürger regelmäßig treffen und austauschen. Außerdem stehen zu bestimmten Terminen auch Experten von Arbeitsloseninitiativen und Mieterschutzverbänden oder erfahrene Sozialpolitikerinnen der LINKEN als Gesprächspartner zur Verfügung. Die Termine werden jeweils in der Lokalpresse beworben. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen miteinander ins Gespräch zu kommen und Probleme gemeinsam oder mit Unterstützung der Mitarbeiter des Abgeordneten zu lösen.

Weniger Bildung kann keine Zukunft für unser Land sein



Breiter Protest gegen die Schulstrukturreform in Magdeburg. CDU und SPD stimmten gegen den Antrag der Landtagsfraktion DIE LINKE, die Schulschließungen auszusetzen.

In den letzten Wochen haben sich viele Bürgerinnen und Bürger, vor allem Eltern und Großeltern aus Sorge um die Schließung der Grundschulen vor Ort an Jan Korte gewandt. Durch den Schulentwicklungsplan der Großen Koalition aus Magdeburg müssen in vielen Orten in Sachsen-Anhalt Grundschulen geschlossen werden. Dagegen hat sich ein breiter Protest formiert. Zu Recht - denn hier wird versucht, den Haushalt auf Kosten der Zukunft der Kinder zu sanieren. Ferner werden diese unbequemen Einsparungen in die Verantwortung der Kreise und Gemeinden vor Ort übergeben. Hier wird bewusst versucht, die Eltern und Schüler sowie die Gemeinden gegeneinander auszuspielen und von der katastrophalen Kürzungspolitik abzulenken.

Vielorts haben sich Eltern- und Bürgerinitiativen gegründet, Unterschriftenkampag-

nen gestartet oder Protest organisiert. Die Regierungsmehrheit aus CDU und SPD hat sich dennoch gegen das von der Fraktion DIE LINKE beantragte Schließungsmoratorium ausgesprochen.

Diese Entscheidung bedeutet für viele Schülerinnen und Schüler in Zukunft immens lange Schulwege. Zudem ist eine Schule auch ein Zentrum des sozialen Lebens. An der Grundschule Pouch z. B. ist eine Turnhalle angegliedert, die nicht nur von der Schule genutzt wird, sondern auch von vielen Vereinen aus dem Ort. Eine Schließung würde höchstwahrscheinlich auch das Aus für die Sporthalle bedeuten. Mit jeder Schulschließung geht somit auch ein Stückchen des sportlich-kulturellen und sozialen Lebens in vielen kleinen Orten verloren - und der ländliche Raum wird seiner Wohnqualität beraubt.

Bundesregierung untätig gegen Geheimdienstüberwachung



Der Bundesnachrichtendienst hat sein neues Gebäude in Berlin bezogen. Der NSA-Untersuchungsausschuss soll nun u. a. klären, wie der Geheimdienst an der Kommunikationsüberwachung der befreundeten Dienste beteiligt ist.

Im Sommer ist es ein Jahr her, dass der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden die umfassende Überwachung der Bevölkerung auf der ganzen Welt offengelegt hat. Obwohl durch die Verfassung zum Schutz der Bevölkerung und ihrer Grundrechte verpflichtet, hat die Bundesregierung bislang wenig unternommen dieser Pflicht nachzukommen. Sie hatte erfolglos versucht, ein No-Spy-Abkommen auszuhandeln und einige Fragenkataloge an die britische und die US-Regierung geschickt.

Jan Korte hat nun bei der Bundesregierung nachgefragt, welche Antworten sie eigentlich

auf ihre Schreiben bekommen hat. Das Bundesinnenministerium hat gegenüber dem Abgeordneten nun eingeräumt, dass es keine inhaltliche Antwort gab. Für Korte keine Überraschung: „Wenn kein Druck gemacht und keine Konsequenzen angedroht werden, braucht sich keiner zu wundern.“ Über ihr Wissen und die Beteiligung deutscher Geheimdienste an den Überwachungsprogrammen rücke die Bundesregierung auch nur mit Informationen heraus, wenn sie dazu gezwungen würde. „Ich hoffe, dass der NSA-Untersuchungsausschuss mehr zur Aufklärung beitragen kann“, so der Innenpolitiker.

Korte kommunal

In der Rubrik „Korte kommunal“ lassen wir KommunalpolitikerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Wort kommen. Wo drückt vor Ort der Schuh? Welche Handlungsspielräume gibt es in der Kommunalpolitik überhaupt noch? Dieses Mal geht es im Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in den Kreistagen Salzlandkreis und Anhalt-Bitterfeld, Sabine Dirlich und Ronald Maaß, um zukünftige Aufgaben in der Kommunalpolitik.

Korte konkret: Was hat DIE LINKE im Salzlandkreis und in Anhalt-Bitterfeld bisher erreicht?



Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Salzlandkreis: Angesichts der knappen finanziellen Lage des Salzlandkreises wird es immer schwieriger, eigene Akzente zu setzen. Dennoch haben wir zum

Beispiel die Möglichkeit von Freitischen im Landkreis durchgesetzt. Als Erfolg werte ich aber auch, dass wir den Kreistag dazu veranlassen konnten, sich mit einer Resolution zur Finanzpolitik von Bund und Land zu äußern, die für die Kommunen ruinöse Folgen hat.

Ronald Maaß Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag Anhalt-Bitterfeld:

Wir haben uns als Fraktion mit einer intensiven, sachbezogenen Arbeit an allen Entscheidungsprozessen beteiligt. Wir konnten die Überarbeitung und transparente Gestaltung der Kosten der Unterkunft und deren ständige Anpassung an die

tatsächlichen Kosten erreichen. Oder, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber zukünftig dezentral untergebracht werden.

»für mehr Gestaltungsmöglichkeiten und weniger Gängelung durch das Land.«

Kk: Und was sind die dringendsten Aufgaben in der Zukunft?

RM: Der Einsatz für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, für mehr Gestaltungsmöglichkeiten und weniger Gängelung durch das Land ist wichtig. Das Ausdünnen der Angebote für Bildung, Kultur, Jugend- und Sozialarbeit muss gestoppt werden. Die Probleme der Hochwasserkatastrophe müssen kritisch untersucht und die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Nicht zuletzt ist der Zustand des Nahverkehrs absolut unbefriedigend und entspricht nicht den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft. Und das sind nur einige drängende Probleme, die wir angehen müssen.

»der Sparwut Alternativen entgegensetzen«

SD: Im Salzlandkreis kommt zu den von Ronald schon genannten und für uns auch zutreffenden Punkten noch der nach wie vor ungelöste Konflikt mit dem neuen Besitzer der Kliniken im Landkreis hinzu. Es ist ein schweres Erbe, das der jetzige Landrat hinterlässt. Der oder die Neue wird viel Arbeit leisten müssen, um mit den Klinikbetreibern ein einigermaßen vernünftiges Verhältnis wieder herzustellen.

Kk: Warum sollte DIE LINKE, auch am 25. Mai 2014 wieder mit starken Fraktionen in die Kreistage gewählt werden?

SD: Wir brauchen sie, um der Sparwut Alternativen entgegenzusetzen und damit soziale und kulturelle Angebote nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Wir brauchen sie, um dem Privatisierungswahn der anderen Parteien Paroli zu bieten. DIE LINKE bringt das Thema soziale Gerechtigkeit auch in den Kreistagen auf die Tagesordnung, sie sorgt dafür, dass Entscheidungen auch auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit gestellt werden. Und wir brauchen sie, damit Menschen, die von Ausgrenzung und sozialer Isolation betroffen sind, eine Stimme auch in der Kreispolitik erhalten.



RM: DIE LINKE tritt dafür ein, dass Jung und Alt auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels in größtmöglicher Wohnortnähe und in guter Qualität das vorfinden, was für ihre alltäglichen Bedürfnisse erforderlich

ist und zum Leben einer Gemeinde gehört. Wir brauchen eine starke LINKE, um die Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu erweitern, um die Berufsschulstandorte in Bitterfeld-Wolfen und Köthen zu erhalten, sowie den Hochschulstandort Köthen zu stärken. Und wir werden uns weiterhin, gemeinsam mit der Landtagsfraktion, gegen die weitere Schließung von Schulen wenden, weil sie nicht nur Bildungsstätten sondern auch Zentren kulturellen Lebens sind.

So hat Jan Korte abgestimmt:

Im Bundestag gibt es unterschiedliche Formen der Abstimmung. In der Namentlichen Abstimmung werden umstrittene und besonders wichtige Entscheidungen getroffen. Wählerinnen und Wähler sind dabei im Vorteil, denn sie können bei jeder Abstimmung überprüfen, wer wie abgestimmt hat. Wie die Abgeordneten des Wahlkreises Anhalt abgestimmt haben, dokumentieren wir hier:

3.4.2014: **Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Ausbildungsmission in Somalia**

Jan Korte (DIE LINKE): Nein Kees de Vries (CDU): Ja

3.4.2014: **Minderheitenrechte im Bundestag** (Antrag Union & SPD / Antrag DIE LINKE)

Jan Korte (DIE LINKE): Enthaltung / Ja Kees de Vries (CDU): Ja / Nein

13.3.2014: **Honig mit gentechnisch veränderten Bestandteilen kennzeichnen**

Jan Korte (DIE LINKE): Ja Kees de Vries (CDU): Nein

21.2.2014: **Diätenerhöhung**

Jan Korte (DIE LINKE): Nein Kees de Vries (CDU): Ja

21.2.2014: **Gesetz zur Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung**

Jan Korte (DIE LINKE): Ja Kees de Vries (CDU): Ja

20.2.2014: **Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes (ISAF)**

Jan Korte (DIE LINKE): Nein Kees de Vries (CDU): Ja

Alle Entscheidungen im Vergleich auf www.jankorte.de/namentliche

Impressum

ViSdP: Jan Korte MdB
Redaktionsschluss: 7.4.2014

Anschrift Büro Berlin

Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 71100
Fax: 030 / 227 76201
E-Mail: jan.korte@bundestag.de
Internet: www.jankorte.de
www.facebook.com/jankortemdb

Wenn Sie die „Korte Konkret“ regelmäßig kostenlos zugeschickt bekommen wollen, schreiben Sie bitte eine Postkarte oder E-Mail mit dem Betreff „Abonnement Korte Konkret“ und Ihrer Postanschrift an eine der oben stehenden Adressen.

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
bernburg@jankorte.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0 34 93 / 40 15 94
Fax: 0 34 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Schalaunische Str. 6/7
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Grenzstr. 11
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
stassfurt@jankorte.de